

Lars Klingbeil fordert strikten Sparkurs: So geht's 2025 weiter!

Finanzminister Lars Klingbeil fordert 2025 und 2026 strikte Haushaltskürzungen. Der Haushaltsentwurf wird am 25. Juni vorgestellt.



Deutschland - In der aktuellen Haushaltsdebatte fordert Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) von der Bundesregierung einen strikten Sparkurs für die Haushalte der Jahre 2025 und 2026. Laut einem Rundschreiben von Finanzstaatssekretär Steffen Meyer, das an Fachressorts und oberste Bundesbehörden verschickt wurde, muss der Bundeshaushalt strukturell konsolidiert werden, um sowohl Handlungsbedarfe zu decken als auch die europäischen Fiskalregeln einzuhalten. Gleichzeitig sollen durch eine mögliche Lockerung der Schuldenbremse in bestimmten Bereichen, wie etwa Verteidigungsausgaben, neue Spielräume für Investitionen geschaffen werden.

Die Schaffung eines kreditfinanzierten Infrastrukturfonds, der bis zu 500 Milliarden Euro umfassen könnte, ist ein weiteres

Element, das Klingbeil ins Spiel bringt. Dennoch bleibt unübersehbar, dass alle Ressorts aufgefordert werden, in diesem Jahr 0,5 % und im kommenden Jahr 2 % ihrer Stellen zu streichen. Ausnahmen hierbei machen nur die Sicherheitsbehörden. Der Haushaltsentwurf für 2025 soll in fünf Wochen vorliegen, wobei die Eckwerte für den Etat 2026 vor der bevorstehenden Sommerpause beschlossen werden sollen.

Haushaltskrise und notwendige Einsparungen

Finanzminister Christian Lindner hebt die Dringlichkeit von Einsparungen im zweistelligen Milliardenbereich aufgrund der angespannten Haushaltslage hervor. Er sieht strukturelle Änderungen als notwendig an und empfiehlt, die Haushalte 2024 und 2025 gemeinsam zu betrachten. Lindner betont, dass die von rechtlichen Verpflichtungen abgeleitete Notwendigkeit, die Schuldenbremse erneut auszusetzen, damit einhergeht, dass er zukünftig jedoch fest an dieser Regelung festhalten möchte.

Die Antwort der Opposition, vertreten durch SPD-Chefin Saskia Esken und Grünen-Chefin Ricarda Lang, zielt darauf ab, ein weiteres Aussetzen der Schuldenbremse für 2024 zu fordern und eine grundlegende Reform dieser Regelung zu diskutieren. Im Gegensatz dazu betont Unionsfraktionschef Thorsten Frei, dass die bisherige Regelung als flexibel und generationengerecht betrachtet werden sollte. Das Thema bleibt brisant, nicht zuletzt, da Bundeskanzler Olaf Scholz in der kommenden Woche eine Regierungserklärung zur Haushaltslage im Bundestag abgeben wird.

Zahlen, Eckdaten und Reformen im Blick

Die neue Haushaltsstrategie muss auch die Sicherstellung von Investitionen in Infrastruktur, Bildung und öffentliche Sicherheit berücksichtigen. Laut dem Bundesverfassungsgericht werden Schulden nur in wirtschaftlichen Krisenzeiten zusätzlich

aufgenommen, um die Nachfrage zu stimulieren. Dies zeigt, wie wichtig eine Reform der Schuldenbremse ist, die oft Investments behindert, so die Kritik. Vorschläge zur Reform beinhalten die Einführung einer Investitionsregel sowie die Berücksichtigung des planetaren Budgets.

Die Debatte um die Schuldenbremse wird also von verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Kritiker argumentieren, dass eine Anpassung, die einen großzügigeren Spielraum in wirtschaftlichen Krisenzeiten ermöglicht, dringend erforderlich ist. Gleichzeitig bleibt der Zustand der Zinsen entscheidend für die Tragfähigkeit staatlicher Schulden und damit für die gesamte Wirtschaft.

Insgesamt stehen die politischen Entscheidungsträger vor der Herausforderung, die Staatsfinanzen so zu steuern, dass einerseits notwendige Ausgaben gedeckt werden und andererseits zukünftige Generationen nicht durch eine unkontrollierte Schuldenaufnahme belastet werden. Es bleibt abzuwarten, wie die anstehenden Entscheidungen die Haushalte der kommenden Jahre beeinflussen werden.

Für weitere Informationen lesen Sie die Artikel auf **Süddeutsche.de**, **Tagesschau.de** und **bpb.de**.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.sueddeutsche.de • www.tagesschau.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de